

## Klimaschutz-Eingaben des Stadtrates

Nr.	Autor	Kategorie (gemäss Energiestadt-Katalog)	Thema	Eingabetext	Stand / Handlungsbedarf grün: wird bereits umgesetzt / Beschluss GR vorhanden gelb: Umsetzung wird überprüft rot: wird abgelehnt	Wirkung CO2 (1-3) 1 hoch 2 mittel/indirekt 3 tief - keine	Instrument
1	Grüne	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Energie	Ausstieg fossile Wärme – Machbarkeit thermische Netze: Für teilsanierte Altbauten ist es teilweise schwierig im städtischen Kontext Lösungen für erneuerbare Heizwärme zu finden. Der klassische Ansatz ist ein massiver Ausbau des Fernwärmenetzes, wie in vielen grossen Schweizer Städten in den letzten 20 Jahren umgesetzt. Dieser Ansatz ist zeit- und kostenintensiv und steht mehr und mehr im Widerspruch zur zeitnahen Sanierung sämtlicher Altbauten. Gut sanierte Gebäude und Quartiere brauchen nur noch wenig Wärme, die sich auch mit Wärmepumpen bereitstellen lässt. Aus diesem Grund braucht es eine fundierte Studie und darauf basierend ein Gesamtkonzept erneuerbare Wärme Thun. Die Studie sollte nicht nur Fernwärme beinhalten, sondern den effizienten flächendeckenden Ausbau und das Zusammenspiel von thermischen Netzen generell prüfen (inkl. Niedertemperaturnetze mit Seewasser und Grundwasser und saisonale Speicher).	Wird umgesetzt. Beantwortung gemäss P 19/2019, Beschluss GR zur Erarbeitung der Klima- und Energiestrategie.	1	Richtplan Energie, Klimastrategie
2	Grüne	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Energie	100% erneuerbare Stromproduktion – Strategie und Massnahmenplan: Der Massnahmenplan soll aufzeigen wie Thun bis 2035 zu 100% mit erneuerbarem (lokal/regional produziertem) Strom versorgt werden kann und was es für die regionale Stromnetz-Stabilisierung dazu braucht. Die Basis ist eine Strategie zur Photovoltaik-Nutzung aller geeigneten Dächer in Thun. Auch Zusammenschlüsse zum Eigenverbrauch (ZEVs) des selber produzierten Stromes sollen flächendeckend geprüft werden, inkl. einem ZEV über das ganze Stadtgebiet in Zusammenarbeit mit Energie Thun. Der Massnahmenplan könnte zudem enthalten, dass die Stadt Thun erneuerbaren Strom finanziell fördert und beispielsweise zusätzlich zur KEV-Vergütung des Bundes, nochmals 30% der Anlagekosten vergütet (z.B. Ittigen oder Winterthur leisten finanzielle Förderung für erneuerbare Energie). Die Mittel könnten aus einer Abgabe auf ausserregionalem und CO2-intensivem Strom	Wird umgesetzt. Beschluss GR zur Erarbeitung der Klima- und Energiestrategie.	1	Richtplan Energie, Klimastrategie
3	CVP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Energie, Gebäude	Bei Neubauprojekten & deren Baugesuchen verstärkt ein Augenmerk auf möglichst technikbefreite (ohne Klimaanlage, wenn möglich & vor allem passiver Wärmeschutz!) Bauten achten. Allenfalls ist dies auch im Baureglement einfliessen zu lassen.	wird im Rahmen OPR /Baureglement überprüft	2	OPR
4	SP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Events	Das städtische Veranstaltungsbüro im Polizeiinspektorat soll sämtliche Events auf die Klimafreundlichkeit überprüfen und bei Mängeln entsprechende Auflagen erteilen.	Wird geprüft. Der Aufwand lohnt sich nur bei Grossveranstaltungen	2	

5	Grüne	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Klimaziele	Klimaschutz Masterplan: Ein Masterplan, der aufzeigt wie sich die CO2-Bilanz der Stadt Thun entwickeln soll, damit das Ziel von netto Null (klimaneutral) bis spätestens im Jahr 2050 garantiert werden kann. Das bedeutet, dass der Klimaschutz-Masterplan einen Emissions-Absenkepfad mit verbindlichen Zwischenzielen für Thun festlegt. Dafür braucht es eine CO2-Bilanz des Thuner Stadtgebiets und eine periodische Überprüfung (Monitoring) zwischen Zielpfad und tatsächlichen Emissionen. Eine Unterteilung der CO2-Emissionsquellen erlaubt es die Entwicklung in den Bereichen Wärmeversorgung, Stromversorgung, Mobilität und Übrige zu verfolgen sowie abzuschätzen und bereichsspezifische quantitative Zwischenziele festzulegen. Der Masterplan soll aufzeigen, mit welchen Massnahmen Emissionsreduktionen am effizientesten eingehalten werden können. Der Masterplan soll die Kosten von spezifischen Massnahmen darlegen. Auf der Bilanz aufbauend können Prognosen erstellt werden, welche unter Berücksichtigung der klimarelevanten Massnahmen die voraussichtliche Entwicklung des CO2-Ausstosses aufzeigen. Dem Masterplan als integraler Bestandteil untergeordnet ist der Plan «100% erneuerbare Stromproduktion», welcher aufzeigen soll wie Thun bis 2035 mit 100% erneuerbarem und lokal/regional produziertem Strom versorgt werden kann. Dieser beinhaltet eine Strategie zur PVNutzung aller verfügbaren Dächer in Thun, sowie Reduktionsziele für den Stromverbrauch. Ein Klimaschutz-Masterplan erlaubt es alle Bemühungen und Absichten im Klimaschutz unter übergeordnete Ziele zu stellen, die auch zeitlich über die kurze Dauer einer Legislaturperiode Bestand haben. Zudem wird die tatsächliche Thuner Emissions-Entwicklung – die bisher unbekannt und unsichtbar ist – sichtbar, überprüfbar und somit steuerbar gemacht. Es gibt bereits beschlossene Massnahmen und Legislaturziele im Bereich Klimaschutz. Was fehlt ist ein übergreifender Plan, der dies alles unter einen Hut bringt und sicherstellt, dass nicht lose Einzelmassnahmen umgesetzt werden, sondern konsistent, beständig und längerfristig in eine konkrete Richtung gearbeitet wird. Als Beispiel kann die Energie- und Klimastrategie	Wird umgesetzt. Beschluss GR zur Erarbeitung der Klima- und Energiestrategie.	1	Richtplan Energie, Klimastrategie
6	Grüne	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Areale, Mobilität	Reduktion privater Parkplätze bei Neubauten von Siedlungen und Überbauungen: Indem die Anzahl Parkplätze pro Wohnung bei Neubauten von Siedlungen und Überbauungen mit ausreichender Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr gesenkt werden, kann der Zuwachs des MIV reduziert werden. Gleichzeitig sollen zusätzlich Sharing-Angebote berücksichtigt werden können. Weiter werden Abklärungen getroffen mit dem Ziel, das bestehende Angebot privater Parkplätze reduzieren zu können. Ohne korrigierende Vorgaben nimmt die Anzahl Parkplätze durch Neubauten zu stark zu, da der Kanton bis zwei neue Parkplätze pro Wohnung gewährt. Die Gemeinden sind ermächtigt, nur beschränkt oder keine privaten Parkierungsmöglichkeiten zuzulassen. Dies kann insbesondere durch Vorschriften in Überbauungsordnungen oder neuen Zonenplänen erfolgen, aber auch durch entsprechende Vorschriften in der Bauordnung. Da die Massnahme bspw. durch die Anpassung von Zonenplänen und Bauordnungen umgesetzt werden kann, kann sie als in höchstem Masse finanziell tragbar eingestuft werden.	wird geprüft. Entwurf OPR: Art. 9 verlangt Betriebskonzept Mobilität unter gewissen Voraussetzungen. Prüfen, ob auch Vorgaben bei ZPP / UeO aufgenommen werden sollen.	2	OPR
7	SP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	OPR, Energie	Bei der Revision des städtischen Baureglements sind griffige Artikel aufzunehmen, die es der Stadt ermöglichen, die Bauherrschaften im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung zur bestmöglichen Energieversorgung zu verpflichten, z.B. beim Ersatz von Ölheizungen zwingend zu einer klimaschonenderen Heizung zu wechseln.	wird nicht weiterverfolgt. Entwurf OPR sieht bereits verschärfte Vorschriften in Regelbau und ZPP/UeO vor. wird nicht weiterverfolgt Ein Verbot von Ölheizungen ist derzeit nicht möglich.	1	OPR
8	SP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	OPR, Klima	Der Ortsplanungsprozess ist in Bezug auf den Klimanotstand zu überprüfen und wenn nötig anzupassen. So soll beispielsweise die Möglichkeit einer Klima-ZPP überprüft werden.	wird überprüft, Aufgabe im Rahmen der Prüfung der Mitwirkungseingaben.	2	OPR
9	FDP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Raumplanung	Stadtplanung: Verzicht auf das energiefressende Projekt von Aries Libra und Ansiedlung eines smarten energieeffizienten Betriebes der auch mehr Arbeitsplätze generiert.	wird abgelehnt Baubewilligung ist bereits erteilt.		
10	Grüne	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Raumplanung, Energie	Mindeststandards für Baurechtsverträge und Architekturwettbewerbe: Das Label 2000-Watt-Areal und der Standard Plusenergie-Quartier der Hauptstadtregion Schweiz sowie das Label SNBS 2.0 werden verbindlich in Ausschreibungen für Architekturwettbewerbe aufgenommen und werden zu integralen Bestandteilen von Baurechtsverträgen und Vereinbarungen mit Investoren und Bauherren. Laufende Baurechtsverträge sollen bei anstehenden Sanierungen soweit möglich ergänzt werden.	Wird umgesetzt. Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen»	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie

11	Grüne	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Raumplanung, Energie	CO2-Ausstoss von Neubauten reduzieren - Gemeindekompetenz im kant. Energiegesetz nutzen: Die Revision der Baugrundordnung (Baureglement und Zonenplan) im Rahmen der Ortsplanungsrevision bietet die Chance die Gemeinde-kompetenzen gemäss Art. 13 des kantonalen Energiegesetzes zu nutzen. Gemeinden können (für das ganze Gemeindegebiet oder für Teile davon) in der baurechtlichen Grundordnung oder in Überbauungsordnungen die Verpflichtung einführen, einen bestimmten erneuerbaren Energieträger einzusetzen, Gebäude an ein Fernwärmenetz anzuschliessen bzw. den gewichteten Energiebedarf (ehemals Höchstanteil nicht erneuerbarer Energie) weiter zu begrenzen. Formulierungsvorschlag für den gewichteten Energiebedarf im Baureglement: Neubauten haben in den Gebäudekategorien I, II, III, IV, V und VIII den Grenzwert beim gewichteten Energiebedarf gemäss Anhang 7 KEnV um 25% zu unterschreiten. (Dies entspricht in etwa einem verbleibenden Anteil nicht erneuerbarer Betriebsenergie von 30% bei einer typischen Gebäudehüllzahl).	wird umgesetzt Legislaturziel 7 «Thun ist auf dem Weg zur Energiestadt Gold», Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen». Im Baureglement sind vorbildliche Vorschriften zu Energie vorgesehen.	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie
12	SP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Areale, Energie	Bei sämtlichen Arealentwicklungen sind Plus-Energie-Areale mit minimalstem CO2-Ausstoss anzustreben. Um beim Bauen möglichst wenig graue Energie zu verbrauchen, soll möglichst wenig Beton und möglichst viel lokales Holz verwendet werden.	Standards wie 2000 Watt oder SNBS werden als Vorgabe für neue ZPPs geprüft.	1	
13	GLP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Raumplanung, Stadtklima	Vor allem Grünflächen und ein erhöhter Baumbestand können die Klimaveränderung bremsen. Deshalb erwarten wir, dass bei neuen Überbauungen (ÜO, ZPP, ZÖN) die Versiegelung des Bodens auf ein absolutes Minimum reduziert wird und eine zielführende Quote (bspw. im Verhältnis zur Bodenfläche) für einen Baumbestand festgelegt wird. Soweit nötig sind die rechtlichen Grundlagen dafür in der laufenden OPR zu schaffen.	Eine minimale Versiegelung ist bereits heute im Baureglement vorgeschrieben. Eine Grünflächenziffer und Anforderungen an die Umgebungsgestaltung werden geprüft.	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima
14	GLP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Raumplanung, Stadtklima	Frühzeitige geografische Ausrichtung des Städtebau und der Architektur auf die zu erwartende Klimaerwärmung (Grünflächen, Luftschleusen etc.), statt sie später teuer zu korrigieren.	wird überprüft, Anfrage beim Kt. BE für eine Karte zum Stadtklima, FS UwEM ist im Austausch mit der Stadt Bern, welche mit der Uni BE eine Klimastudie erarbeitet.	2	Stadtklima
15	SVP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Raumplanung, Stadtklima	Bei der Städte Planung müssten Kriterien wie Luftströme (wie stehen die Gebäude, Grünflächen, Biodiversität etc.) wie kommt kühle Luft in die Stadt, wie kommt die Hitze raus, Berücksichtigung finden.	wird überprüft, Anfrage beim Kt. BE für eine Karte zum Stadtklima, FS UwEM ist im Austausch mit der Stadt Bern, welche mit der Uni BE eine Klimastudie erarbeitet.	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima
16	SP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Stadtklima	Das überwiesene Postulat aus dem Jahr 2012 zu den Kombidächern soll endlich umgesetzt werden.	wird umgesetzt. Im neuen Baureglement ist ein Artikel zu Kombidächern vorgesehen.	2	Stadtklima
17	SP	1) Entwickl.planung, Raumordnung	Vorschriften	Der Betrieb von energieintensiven privaten Wellness-Anlagen (Saunen, Hallenbäder etc.) soll verboten oder mit Auflagen belegt werden.	wird abgelehnt	2	
18	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Anlagen	Parkuhren der Stadt und der Parkhaus Thun AG sind auf Solarbetrieb umzurüsten, allenfalls durch Ersatzbeschaffungen.	wird überprüft, nur minimale Stromeinsparungen	3	
19	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Die Stadt Thun soll ab sofort nur noch erneuerbare Energie beziehen. Wo dies nicht möglich ist, muss anhand eines Absenkpades aufgezeigt werden, wie dies bis spätestens 2030 realisiert wird. Werden Zwischenziele nicht erreicht, muss dies mit entsprechenden Massnahmen korrigiert werden, um den Absenkpfad einzuhalten.	wird überprüft, Postulat 10/2019 wurde angenommen. Stadt bezieht ab 2021 zu 100% Biogas, unter Vorbehalt des genehmigten Budgets. Mit der Klima- und Energiestrategie wird die Basis für den Absenkpfad der städt. Liegenschaften gelegt.	1	Energiestadt, Klimastrategie
20	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Die Stadt Thun soll die von Bund, Kanton und Weiteren zur Verfügung gestellten Mittel für Förderbeiträge bei Gebäudesanierungen maximal ausnutzen.	Wird umgesetzt.	2	

21	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Energiebuchhaltung	Die Wassertemperatur in den geheizten Becken im Strämu soll auf maximal 22 Grad reduziert werden.	wird überprüft. Die Klimarelevanz dieser Massnahme ist gering. Das Badewasser wird mit einer Wärmepumpe aufbereitet, welche mit Blaustrom betrieben wird. Zudem wurde eine grosse PV-Anlage ( 83 kWp installiert). Weitere Optimierungen werden laufend überprüft.	3
22	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Energiebuchhaltung	Die Saison der Kunsteisbahn soll entsprechend der klimatischen Entwicklung verkürzt werden.	wird grösstenteils umgesetzt, Für die Kunsteisbahn besteht eine Zielvereinbarung als Grossverbraucher mit einem jährlichen Monitoring durch die regionale Energieberatung. Die Anlage inkl. Abwärmenutzung wird mit der kommenden Sanierung laufend optimiert.	2

23	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Alle Gebäude im Eigentum der Stadt Thun und der städtischen Pensionskasse sollen in den kommenden Jahren sofern erforderlich energetisch saniert werden. Die Gesamtbilanz aller städtischer Gebäude soll CO2-neutral sein. Da dies bei bestehenden Gebäuden nicht immer möglich ist, weil sie zum Beispiel denkmalgeschützt sind, müssen zwingend neue Gebäude die heute geltenden Energievorschriften massiv unterschreiten, damit diese sehr guten Gebäude die schlechten Gebäude kompensieren können. Neubauten sollen zwingend Plus-Energie-Bauten sein.	Wird umgesetzt. Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen, der Gemeinderat kann nur über die Pensionskassen Kommission indirekt Einfluss nehmen.	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie
24	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Die Stadt Thun hat Schulhäuser so zu sanieren und zu bauen, dass die Bauten den Lehrpersonen und den Schüler*innen dauerhaft sicht- und wahrnehmbar als gute Beispiele für den Klimaschutz durch nachhaltige Gebäude dienen.	Wird umgesetzt. Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen»	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie
25	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Mit Ausnahme von denkmalgeschützten Objekten sollen alle städtischen Gebäude mit Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen ausgerüstet werden.	wird überprüft. Als Teil von Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen»	2	Energiestadt, Klimastrategie
26	GLP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Es ist uns bekannt, dass es zur energieschonenden Gestaltung der Gebäude der öffentlichen Hand (städtische Liegenschaften, Schulen etc.) schon diverse Vorstösse gibt. Wir möchten diesen Punkt hier nochmal Nachdruck verleihen und erwarten eine zeitnahe Aufnahme der nötigen Schritte sowie eine entsprechende Aufnahme in die neuen baurechtlichen Grundlagen: -Konsequenter Einsatz von energieeffizienten Heizsystemen (z.B. bei Sanierungen); -Dächer aller Gebäude der öffentlichen Hand mit Photovoltaikanlagen bestücken, kombiniert mit; -konsequenter Begrünung von Flachdächern (bspw. auch die Wartehäuser bei Busstationen).	Wird umgesetzt. Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen»	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie
27	GLP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Planung Dreifachturnhalle: In den nächsten Jahren wird das Thema «neue Dreifachturnhalle» konkret. Ein Gebäude mit einem grossen Raum ist bezüglich Energieeffizienz sehr anspruchsvoll. Deshalb erwarten wir, dass bei der Planung und Realisierung folgende Punkte einbezogen werden: Konsequente Energierückgewinnung (bspw. Dusch- und sonstiges Abwasser); Nutzen von Regenwasser für Toiletten-Spülung; Alternative Stoffe statt Plastik für die Einrichtung (bspw. bei den Sitzen für die Zuschauer); Kombination mit sinnvollen anderen Nutzungen unter dem Aspekt der haushälterischen Bodennutzung (bspw. weiterer Raum über der Halle nutzen mit Kletterpark, Indoor-Spielplatz etc.). Nicht explizit zu erwähnen brauchen wir die energetische Beleuchtung, Heizung und Lüftung sowie die bereits oben erwähnte Nutzung des begrünten Flachdaches für die Energieproduktion oder die ÖV-optimierte Lage.	Wird umgesetzt. Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen»	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie
28	Grüne	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Gebäudestrategie 2035 für kommunale Immobilien in Abstimmung mit dem Klimaabkommen von Paris	Wird umgesetzt. Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen»	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie
29	CVP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Energie, Gebäude	Bei Verwaltungsgebäude prüfen, dass diese auf mind. auf MuKE 2014 oder höher gebracht werden (und die Heizung ein Grad runterdrehen)	Wird umgesetzt. Legislaturziel 7, Massnahme 24 «Gebäudeenergiestrategie überarbeiten und umsetzen»	2	Energiestadt, Gebäudeenergiestrategie
30	SP	2) Kommunale Gebäuden und Anlagen	Sportanlagen	Die Stadt soll keine weiteren Kunstrasenfelder anlegen.	wird abgelehnt, beim Ersatz von Kunstrasenfelder sollen zukünftig granulatifreie Produkte verwendet werden.	2	
31	CVP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall	Öffentliche Mülleimer durch Recyclingstationen ersetzen (analog SBB).	wird abgelehnt, Testversuche zeigen, dass Kosten/Nutzen in keinem Verhältnis stehen und es zu vielen Fehlwürfen kommt.	3	

32	GLP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall	Jeglicher Verzicht auf Plastik sollte gefördert werden. So gibt es bspw. ein neues Thuner Startup (aktuell mit Crowdfunding-Aktivität) «Ohni». Solche Initiativen sollen die Unterstützung der Stadt Thun erhalten. Es ist klar, dass im Sinne einer Gleichbehandlung mit anderen Unternehmen keine direkte finanzielle Unterstützung in Frage kommt. Wir können uns aber folgende Optimierung der Rahmenbedingungen vorstellen: Anbieten eines kostenlosen Markstandes im erstes Jahr am Wochenmarkt; Sponsoring von Stoffsäckli mit dem neuen Thuner Logo	wird überprüft Mittels Werbegebühren wurden bereits verschiedene Tragtaschen auch aus Stoff produziert. Weitere Massnahmen sind prüfenswert.	2	
33	GLP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall	Sponsoring von Stoffsäckli mit dem neuen Thuner Logo (dies auch in Kombination mit dem folgenden Punkt): Plastiksäcke dürfen auf dem Wochenmarkt nur noch gegen Gebühr abgegeben werden; Plastikfreier Wochenmarkt: Marktfahrer, die freiwillig ganz auf Plastik verzichten, erhalten eine beschränkte Vergünstigung des Markstandes oder ein anderes «Goody».	wird überprüft. Wird mit den Markthrenden bereits diskutiert. Grosse Plastiksäcke werden nicht mehr produziert. Weitere Massnahmen sind prüfenswert.	2	
34	GLP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall	Die Schweiz sammelt rund 80% der Gebinde (PET etc.). Aktuell müssen solche Retouren in verschiedenen Sammelstellen zurückgebracht werden (Detailhandel, Unterflursammelstellen, städtische Abfuhr). Um die Rücklaufquote zu erhöhen (auch für weitere «Gebinden») sollen zentrale Sammelstellen für alle möglichen Materialien angeboten werden: Dafür stellt die Stadt weitere Unterflurcontainer oder Sammelstellen für weitere Materialien wie Pet, Plastikflaschen, Papier, Karton, Batterien etc. zur Verfügung.	wird bereits umgesetzt, Sammellogistik der Stadt wird gemäss dem städtischen Abfallkonzept laufend optimiert.	3	
35	CVP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall	Gespräch mit IGT/Thuner Gewerbe suchen, damit Plastik und unnötige Verpackungen verschwinden	wird abgelehnt, übergeordnete Gesetzgebungen und Massnahmen notwendig.	2	
36	SP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall	Die Stadt soll Stationen schaffen für Bring- und Holtage im Kleinen (permanent bestehende Container, wo die Waren hingbracht und abgeholt werden).	wird abgelehnt, Stadt bietet bereits Sammelstage an, permanente Container führt zu wilden Entsorgungen.		
37	SP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall, Energie	Grünabfälle sollen nicht mehr kompostiert werden, sondern zu Biogas verarbeitet werden. Ebenso soll in enger Absprache mit Pro Natura ein Teil von Astwerk in stadt eigenem Wald nicht mehr liegengelassen, sondern zum Heizen und zum Verarbeiten in Biogas genutzt werden.	wird abgelehnt, Der natürliche Kreislauf würde unterbrochen. Wald braucht Altholz etc. Grünabfälle: Die Kompostierung entspricht dem natürlichen Kreislauf. konsequente Sammlung von Grünabfällen aus Haushalten, hingegen sinnvoll.	3	
38	FDP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall, Foodwaste	Recyclingsystem von Lebensmitteln aus allen Bereichen, sowie Verkaufsstellen von Lebensmitteln, die nicht mehr benötigt werden oder das Ablaufdatum überschritten haben.	wird abgelehnt, wird bereits durch private Institutionen gemacht. Diese werden so weit als möglich von der Stadt unterstützt.		
39	CVP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall, Foodwaste	Betreffend Foodwaste: Die Stadt soll die Grossverteiler dazu animieren, die nichtverkaufte Ware zum Gratisabholen bereit zu stellen.	wird abgelehnt, nicht in Kompetenz der Stadt	3	
40	SVP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall, Littering	Weiter müssten Anreize für das richtige Verhalten gefördert werden, da sind wir ja in Thun recht gut aufgestellt punkto Abfallverbrennung und Recycling. Fehlverhalten punkto Littering, Verschandelung unserer Stadt mit aufkleben von Abziehbildchen und Sprayereyen müssen konsequent verfolgt und so bestraft werden das es eine präventive Wirkung hat. Unabdingbar das unsere Stadt touristisch und punkto Lebensqualität attraktiv bleibt. Die Kampagne gegen Littering in der Stadt finde ich gut und ein Ansatz zur Prävention/ nur wird die Tschibütze am Freitagabend bei 2.5 Promille wenig beeindruckend wenn er sein halbvolles	Littering ist nicht unbedingt klimarelevant. Klimarelevant wären Bemühungen zur Vermeidung von Abfall.	3	
41	FDP	3) Ver- und Entsorgung	Abfall, Sammelstellen	Abfall: In allen Quartieren Mikro-Sammelstellen einrichten.	wird laufend überprüft.		
42	SP	3) Ver- und Entsorgung	Energie	Der Gemeinderat soll der stadt eigenem Energie Thun AG die Vorgabe auferlegen, nur noch erneuerbare Energien anzubieten.	wird überprüft, Eigenes Teilprojekt der Grundlagenerarbeitung zur Klima- und Energiestrategie	1	Klimastrategie, Richtplan Energie Gasstrategie EnT

43	GLP	3) Ver- und Entsorgung	Energie	Nutzung des Durchflusses der inneren und äusseren Aare als Energielieferant (Durchflussenergie nutzen).	wird überprüft, Teil der Klima- und Energiestrategie, und Überarbeitung Richtplan Energie	2	Klimastrategie, Richtplan Energie
44	SVP	3) Ver- und Entsorgung	Energie	Mit den zunehmenden Hitzewellen wird die Kühlung der Gebäude eine ebenso wichtige Rolle einnehmen wie die Heizung. In dem Zusammenhang ist eine Prüfung von Projekten Interessant im Zusammenhang von Fernkälte analog Fernwärme. Es gibt in der Schweiz bereits Projekte im Versuch zur Nutzung von Seewasser, die Interessant erscheinen. Auch zentrale oder dezentrale Lösungen Zur Errichtung von Kältezentralen (Stadt Wien) könnten geprüft werden.	wird überprüft, Teil der Klima- und Energiestrategie, und Überarbeitung Richtplan Energie, Machbarkeitsstudie zur Seewassernutzung für eine Wärme- und Kältenetz bereits in Erarbeitung.	1	Klimastrategie, Richtplan Energie
45	CVP	3) Ver- und Entsorgung	Energie	Förderung der Fernwärme	wird umgesetzt, Committment des Gemeinderats zur Fernwärme ist erfolgt. Stadteigene Liegenschaften im Fernwärmepereimeter sollen angeschlossen werden. Produktion und Absatz sind nicht in der direkten Kompetenz der Stadt.	1	Richtplan Energie
46	CVP	3) Ver- und Entsorgung	Energie	Stadt sucht das Gespräch mit Energie Thun über die Möglichkeiten der weiteren Gewinnung von Wärme aus Seewasser (Wärmepumpe). Es wird bereits im Strandbad Thun angewandt.	wird überprüft, Teil der Klima- und Energiestrategie, und Überarbeitung Richtplan Energie, ausserdem einzelne Studie zur Seewassernutzung bereits in Erarbeitung.	1	Klimastrategie, Richtplan Energie
47	SP	3) Ver- und Entsorgung	Energie, Beleuchtung	Der Energieverbrauch der öffentlichen Beleuchtung soll massiv reduziert werden, beispielsweise mit dem (vermehrten) Einsatz von Bewegungssensoren. Diese Massnahme würde gleichzeitig auch die Lichtverschmutzung reduzieren.	wird umgesetzt Umrüstung auf LED läuft, bei Neu, Umbau- oder Sanierungsmassnahmen werden ausschliesslich LED Leuchten neuster Generation verwendet.	2	
48	SP	3) Ver- und Entsorgung	Energie, Fernwärme	Die Stadt soll Möglichkeiten zur vermehrten Förderung von Fernwärme prüfen, sowohl bei der Produktion als auch beim Absatz.	wird umgesetzt, Committment des Gemeinderats zur Fernwärme ist erfolgt. Produktion und Absatz sind nicht in der direkten Kompetenz der Stadt.	1	Richtplan Energie, Klimastrategie
49	SP	4) Mobilität	Car- und Bikesharing	Das Velo-Sharing-Angebot (zurzeit Velospot) soll modernisiert und ausgebaut werden.	wird umgesetzt, Modernisierung und Ausbau ist ab Frühling 2020.	2	
50	SP	4) Mobilität	Car- und Bikesharing	Die Stadt soll Fahrgemeinschaften und Car-Sharing-Modelle aktiv fördern, wobei auch die entsprechenden neuesten Technologien einzubeziehen sind.	Nicht direkt Aufgabe der öffentlichen Hand, aber in Zusammenarbeit mit Partnern.	2	
51	GLP	4) Mobilität	Car- und Bikesharing	Ausbau des Velospots mit Elektrobike	wird umgesetzt, Modernisierung und Ausbau ist ab Frühling 2020.	2	
52	Grüne	4) Mobilität	Car- und Bikesharing	Sharing-Offensive: Ein Durchschnittsauto in der Schweiz steht während 22.5h von 24h unbenutzt herum. Das Teilen von verschiedensten Verkehrsmitteln ist eine Möglichkeit, graue Energie bei der Herstellung einzusparen. Dazu müssen bereits vorhandene Verleihsysteme wie bspw. Mobility, Velospot, sharoo, carvelo2go stärker bekannt gemacht werden. Dazu eignen sich folgende Massnahmen: - Sharing-Angebote werden räumlich gebündelt (d.h. verschiedene Angebote am selben Standort, möglichst in Sichtdistanz zu ÖVHaltestellen), damit steigt die Sichtbarkeit der Alternativen zum PW. - Beim Velospot wird auf ein Angebot hingewirkt, dass die ganze Agglomeration Thun umschliesst inkl. den benachbarten Gemeinden (bspw. die Stadt Bern oder Neuchâtel kennen auf Agglomerations-Ebene funktionierende Sharing-Angebote). - Geeignete Fahrzeuge der Stadt können ausserhalb der Betriebszeiten vermietet werden. NeuzuzügerInnen erhalten Gutscheine für Sharing-Angebote (z.B. für carvelo2go)	wird teilweise umgesetzt, Modernisierung und Ausbau des Bikesharing ist ab Frühling 2020 vorgesehen, Carsharing Angebot für Stadtverwaltung wird im Rahmen des Mobilitätsmanagements überprüft.	2	

53	SP	4) Mobilität	E-Mobilität	Das Netz für Ladestationen der Elektromobilität ist zu verdichten. Es darf nur erneuerbare Energie angeboten werden.	wird abgelehnt, nicht Aufgabe der Stadt. Eine Verdichtung findet bereits statt. EnT bietet bereits Ladestationen in Parkhäusern an. Die Benutzung ist bisher noch gering aber steigend.	2	Klimastrategie
54	GLP	4) Mobilität	E-Mobilität	Mehr öffentliche Ladestationen für Elektroautos in den Quartieren für die Anwohner, aber auch für Gewerbetreibende im Einsatz, die auf Elektrofahrzeuge umsteigen	wird abgelehnt, nicht Aufgabe der Stadt. Eine Verdichtung findet bereits statt. EnT bietet bereits Ladestationen in Parkhäusern an. Die Benutzung ist bisher noch gering aber steigend.	2	Klimastrategie
55	SP	4) Mobilität	Innenstadt	In der Innenstadt soll die Stadt die Voraussetzungen für Rikscha-Personenfahrten von A nach B schaffen und allenfalls den (digital organisierten) Betrieb selbst aufbauen, dies wenn möglich im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms (Rikschas würden auch die Attraktivität der Innenstadt erhöhen).	wird abgelehnt, Nicht Aufgabe der Stadt. Es sind bereits zwei Rischkas im Einsatz.	3	
56	Grüne	4) Mobilität	Innenstadt	Autofreies Stadtzentrum (nicht nur Innenstadt/Altstadt): Die Erschliessung des Stadtzentrums erfolgt langfristig primär mittels Alternativen zum MIV. Das Stadtzentrum selber wird autofrei. Die Stadt erarbeitet unter Einbezug der betroffenen Akteure (IGT, TIL, VCS, Pro Velo etc.) ein Konzept, das aufzeigt mit welchen Massnahmen die Erschliessung des Stadtzentrums künftig möglichst ohne MIV sichergestellt wird. Dazu werden verschiedene Handlungsoptionen geprüft: - Citylogistik, - Überdenken der künftigen Funktion der innerstädtischen Parkhäuser (z.B. Logistik-Hubs); - Autofreie Sonntage auf dem Stadtgebiet (gestützt auf Erfahrungen aus anderen Städten wird ein Umsetzungskonzept erarbeitet, das grossflächige und regelmässige autofreie Sonntage in der Stadt Thun bezweckt.)	wird abgelehnt. Die Eingabe entspricht einer Vision und nicht einer konkreten Massnahme	2	City Logistik
57	FDP	4) Mobilität	MIV	Motoren abschalten: Bei Staus oder Rotlicht werden die Motoren nicht abgeschaltet.	Nicht in Kompetenz der Stadt.		
58	SP	4) Mobilität	Mobilität, Bootsplätze	Bootsplätze sollen nur noch an Boote mit Elektromotor abgegeben werden; hierzu soll die Stadt bei der Sanierung der Hafenanlage im Lachen die entsprechende Infrastruktur bereitstellen. Bestehende Bootsplatzmieter*innen sollen dazu angehalten werden, innert fünf Jahren ihre Motoren zu ersetzen. Zudem soll sich die Stadt auf kantonaler Ebene für ein mittelfristiges Verbot von Verbrennungsmotoren auf den Seen im Kanton Bern einsetzen.	wird abgelehnt. Für zahlreiche im Lachenkanal stationierten Bootstypen sind keine Elektromotoren auf dem Markt verfügbar.	2	
59	SP	4) Mobilität	Mobilität, Innenstadt	In der Innenstadt ist für den motorisierten Individualverkehr die Einführung von Road Pricing zu prüfen.	wird abgelehnt. Road Pricing ist rechtlich noch nicht möglich und ist ein regionales Thema.	2	Smart City Logistik
60	SP	4) Mobilität	ÖV	Das STI-Stadtnetz soll verdichtet werden (mind. 15-Minuten-Takt, besonders auch frühmorgens zu den ersten Zugverbindungen) und für alle unentgeltlich sein.	Auf allen Stadtlinien besteht seit Fahrplanwechsel 2019 ein 10-Minuten-Takt. Anschlüsse auf die ersten IC Züge werden im Regionalen Angebotskonzept seit 8 Jahren vom Kanton gefordert. ÖV-Angebot ist in Kompetenz des Kantons und nicht der Stadt	2	
61	GLP	4) Mobilität	ÖV	Es wird immer wieder moniert, die Innenstadt-Geschäfte litten unter der Restriktionen im MIV. Wir anerkennen, dass die Kosten für den ÖV für eine Familie nicht zu vernachlässigen sind. Deshalb soll am Samstag eine Kauf- oder Konsumationsquittung eines Thuner Innenstadtgeschäftes reps. -restaurants von beispielsweise Fr. 20.- als Rückreiseticket für die ganze Familie gelten. Das ganze wird über eine digitale Lösung über das via STI-App gelöst.	wird geprüft. Interessante Idee im Zusammenhang mit Smart City	2	Smart City Strategie
62	Grüne	4) Mobilität	ÖV	Reduktion des BeoAbos: Für Jugendliche soll das BeoAbo fürs Stadtgebiet (respektive Zonen 10 und 20) 50 % und für Erwachsene 25 % günstiger sein. Zudem kann der Rabattgutschein dem Kauf eines GAs angerechnet werden. Diese Massnahme wird in der Stadt Neuenburg bereits umgesetzt. Ein attraktiver und kostengünstiger ÖV kann zu einer Abnahme des MIVs beitragen und zu einer stärkeren Benutzung des ÖV führen, was die Strassennetze entlastet. Es macht Sinn den Jugendlichen durch einen erschwinglichen ÖV gezielt die Vorteile des ÖVs aufzuzeigen, um sie vor dem Beginn einer möglichen «Autofahrerkarriere» für die Benutzung des öffentlichen Verkehrs zu motivieren. In einer späteren Phase kann geprüft werden, ob der ÖV oder einzelne Teile davon langfristig kostenlos angeboten werden. Beispielsweise Luxemburg wird ab 2020 den ÖV flächendeckend kostenlos anbieten	Wird abgelehnt. Ist mit hohen Kosten verbunden, welche schwierig abschätzbar sind. Bevorzugung des ÖV für Jugendliche kann zu einer Abnahme der Nutzung von Velos führen, welche weitaus klimaverträglicher sind. M6/2019 zurückgezogen	2	

63	SVP	4) Mobilität	ÖV	Eine kleine Massnahme Punkto ÖEV wäre die Prüfung des Preises, Bei der STI kostet die Mehrfahrtenkarte (6 Fahrten) Fr. 18.- Mit einem HalbtagsAbo Kostet die Mehrfahrtenkarte Fr. 9.-also die Hälfte. Die Einzelfahrt kostet für das City Gebiet Fr. 3.- Mit Halbtags aber nicht die Hälfte sondern 2.20 Fr. Würde die Einzelfahrt auch die Hälfte kosten also 1.50 Fr. hätte man den ÖEV schon stark gefördert.	Tarifgestaltung ist nicht in Kompetenz der Stadt. M6/2019 zurückgezogen	3	
64	CVP	4) Mobilität	ÖV	Die Stadt sucht das Gespräch mit der STI: STI-Busse sollen weniger stark gekühlt/geheizt und die Umstellung der Flotte auf alternative Energieträger (z.B. Wasserstoff, Hybrid) ist zu prüfen.	Mit Beantwortung P14/2019 bereits geprüft. Handlungsspielraum der Stadt beschränkt, da STI Bus eine Aktiengesellschaft mit Minderheitsbeteiligung der Stadt ist.	2	
65	FDP	4) Mobilität	ÖV	Verkehr: Alle Fahrten Menschen mit Wohnort Thun (angemeldet) erhalten die Transporte der STI gratis.	wird abgelehnt. Die Massnahme hätte jährlich wiederkehrende Kosten von mehreren Mio. CHF zur Folge.		
66	FDP	4) Mobilität	ÖV	Die Verkehrsbetriebe der STI werden angehalten, ihre Fahrzeugflotte rasch auf Elektroantrieb umzuwechseln.	Mit Beantwortung P14/2019 bereits geprüft. Handlungsspielraum der Stadt beschränkt, da STI Bus eine Aktiengesellschaft mit Minderheitsbeteiligung der Stadt ist.		
67	SP	4) Mobilität	Parkplätze	Sämtliche Parkplätze der städtischen Immobilien sollen bewirtschaftet werden (auch diejenigen für Angestellte). Die Tarife sollen überprüft und allenfalls auf marktübliche Preise angehoben werden. Arbeitsbedingte Fahrten sollen soweit möglich mit dem Langsamverkehr vorgenommen werden.	PP Bewirtschaftung ist grösstenteils realisiert. Arbeitsbedingte Fahrten werden im Rahmen des Mobilitätsmanagements der Verwaltung überprüft und optimiert.	2	Mobilitätsmanagement
68	SP	4) Mobilität	Parkplätze	Die Parkplatzgebühren sollen im ganzen Stadtgebiet erhöht werden (inkl. Parkhäusern). Zudem sollen die Gebühren in den städtischen Parkhäusern gewichtsabhängig ausgestaltet werden. XXL-Parkplätze sollen auf ein absolutes Minimum reduziert und dafür die Anzahl Behindertenparkplätze erhöht werden. Zudem sollen Parkplätze für besonders kleine Fahrzeuge bereitgestellt werden (mit entsprechend reduzierten Tarifen).	wird abgelehnt. Massnahmen zur Reduktion schwerer Fahrzeuge wie SUVs werden auf Bundesebene (CO2-Vorgaben für importierte Neuwagen) und auf Kantonsebene (Fahrzeugsteuern) umgesetzt.	2	
69	SP	4) Mobilität	Parkplätze	Die Stadt soll Park-and-Ride-Angebote schaffen.	wird geprüft. Park and Ride Angebote sind aber nicht Aufgabe der Stadt, sondern von der SBB (bestehendes Angebot am Bahnhof Thun) oder privaten Akteuren.	2	
70	SP	4) Mobilität	Schule, Verwaltung	Schulreisen und beruflich bedingte Reisen des Gemeinderats und von Verwaltungsangestellten an weit entfernte Orten sollen nicht mit dem Flugzeug erfolgen, sondern mit dem Zug. Hierzu soll der Gemeinderat auch seinen Einfluss auf die Tertiärstufe geltend machen.	wird im Rahmen des Mobilitätsmanagements der Verwaltung überprüft.	2	Mobilitätsmanagement
71	SP	4) Mobilität	Schule, Verwaltung	Die Stadt soll „bike to work“ und „walk to school“ fördern. In diesem Sinne soll die Stadt auf eine Minimierung der „Elterntaxis“ hinwirken.	wird überprüft, Massnahmen zur Förderung von Fuss- und Veloverkehr sind denkbar in Ergänzung zum bestehenden Verkehrsunterricht und Veloprüfung.	2	
72	GLP	4) Mobilität	Velo- und Fussverkehr	Einrichten einer Veloschnellverbindung (Einbahnstrasse für MIV, Gegenverkehr für ÖV und Fahrräder) in die Stadt auf mindestens einer Einfahrtsachse in die Innenstadt (z.B. Länggasse).	Gemäss GVK sind Massnahmen in gewissen Abschnitten vorgesehen. Platzverhältnisse sind massgebend.	2	GVK
73	Grüne	4) Mobilität	Velo- und Fussverkehr	Velo- und Fussgänger Offensive: Zur Erreichung eines klimafreundlichen Verkehrs spielt der nicht motorisierte Verkehr eine entscheidende Rolle. Eine Attraktivierung für Velofahrende und FussgängerInnen ist entscheidend um deren Anteil zu erhöhen. Letztlich geht es darum, wem der Platz in der Innenstadt gehören soll. Eine Vielzahl anderer Städte ist bereits dabei entsprechende Bereiche in hohem Masse um- und auszubauen (z.B. Bern oder Basel). Hierfür sind verschiedene Massnahmen geeignet: - Erhöhung der Anzahl Veloabstellplätze; - Vergünstigung der Veloverleihsysteme; - Velostrassen (z.B. analog Basel; Schnelle Umsetzung der Langsamverkehrsmassnahmen aus dem Agglomerationsprogramm; - Neue Veloschnellbahnen mit dem Kanton prüfen; - Fussgänger und Velobrücke Schadau	wird teilweise umgesetzt, Teilnahme der Stadt an Velöförderaktion von Pro Velo im September 2020.	2	GVK

74	CVP	4) Mobilität	Velo- und Fussverkehr	Förderung vom Langsamverkehr (Velo, Fussgänger) und öffentlichem Verkehr	Umsetzung erfolgt im Rahmen des GVK.	2	GVK
75	SP	4) Mobilität	Verkehr	Die Stadt Thun soll unverzüglich alle Langsamverkehrsmassnahmen umsetzen, die im Rahmen des Agglo-Programms als flankierende Massnahmen zum Bypass festgeschrieben wurden.	wird umgesetzt. SRB 61/2019 zu Motion M4/2018	2	GVK, Aggloprogramm
76	SP	4) Mobilität	Verkehr	Klimarelevante Massnahmen im Gesamtverkehrskonzept (GVK) sollen priorisiert werden.	Umsetzung schwierig, da Abhängigkeit MIV und Langsamverkehr nicht aufgelöst werden kann (bspw. Burgerstrasse - General-Wille Strasse)	2	GVK
77	SP	4) Mobilität	Verkehr	Die Stadt der kurzen Wege ist umzusetzen.	zu wenig konkret	2	
78	SP	4) Mobilität	Verkehr	Im ganzen Siedlungsgebiet der Stadt soll generell Tempo 30 eingeführt werden.	Übergeordnete, überregionale und verkehrsorientierte Achsen können nicht ohne Weiteres auf Tempo 30 reduziert werden.	2	
79	Grüne	4) Mobilität	Verkehr	Tempo 30 flächendeckend (auch auf Kantonsstrassen): Der wichtigste Spareffekt entsteht durch einen homogenen Verkehrsfluss. Je weniger Beschleunigungsvorgänge und Gangschaltungen nötig sind und daher konstant mit niedrigen Drehzahlen gefahren werden kann, desto tiefer ist der Benzinverbrauch. Zudem erhöht diese Massnahme die Sicherheit für FussgängerInnen und VelofahrerInnen. Beispielsweise in Belp und Münsingen werden Kantonsstrassen innerorts zurzeit zu 30er Zonen.	Übergeordnete, überregionale und verkehrsorientierte Achsen können nicht ohne Weiteres auf Tempo 30 reduziert werden.	2	
80	FDP	4) Mobilität	Verkehr	Verkehr: Das Einbahnregime soll auf den Aspekt "kurze Wege überprüft werden.	Das Einbahnregime ist im Kontext By-Pass Thun Nord und zur Entlastung der Innenstadt zu betrachten.		
81	FDP	4) Mobilität	Verkehr	Optimierung der Verkehrsleitsysteme: Die aktuelle Systematik soll optimiert werden. So soll vor der Einfahrt in den Stadtperimeter der Verkehr gelenkt werden. Dazu gehören auch aktuelle Informationen für die in den Fahrzeugen verbauten Navigationssysteme.	Grösstenteils in Kompetenz des Kantons. Umsetzung erfolgt im Rahmen des GVK.		
82	Grüne	4) Mobilität	Verwaltung, MMV	Mobilitätsmanagement Gemeindeverwaltung: Die Stadt baut das Mobilitätsmanagement für die Stadtverwaltung aus und reduziert damit den MIV-Anteil an Pendlerwegen und Dienstfahrten ihrer Angestellten. Auch die Anzahl und Länge der zurückgelegten Wege wird reduziert. - Kurzfristig sollen Geschäftsfahrten konsequent mit dem ÖV, EBike oder Velo umgesetzt werden. Notwendige Autofahrten; sind, wo möglich, mittels Carsharings durchzuführen. - Mittelfristig soll ein directionsübergreifendes Konzept erarbeitet und umgesetzt werden	wird umgesetzt, Legislaturziel 7 «Thun ist auf dem Weg zur Energiestadt Gold», Massnahme 22 «das Mobilitätsmanagement der Verwaltung ökonomisch und energieeffizient entwickeln»	2	Mobilitätsmanagement
83	SP	5) Interne Organisation	Beschaffung	Beim gesamten städtischen Beschaffungswesen sind klimarelevante Punkte in höchster Priorität zu beachten – auch das klimabewusste Verhalten der Zulieferer*innen.	wird überprüft, u.a. mit der Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie	2	Beschaffungsrichtlinie
84	SP	5) Interne Organisation	Beschaffung	Die städtischen Gerätschaften (TBA, AfS etc.) sollen auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft und allenfalls ersetzt werden.	wird überprüft, u.a. mit der Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie	2	Beschaffungsrichtlinie
85	SP	5) Interne Organisation	Beschaffung, MMV	Der Fahrzeugpark der Stadt soll den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens entsprechen.	wird überprüft, Annahme des Postulats P 9/2019, sowie Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie	1	Mobilitätsmanagement, Beschaffungsrichtlinie
86	SP	5) Interne Organisation	Beschaffung	Das Tiefbauamt und Amt für Stadtliegenschaften soll keine Laubbläser mehr einsetzen, sondern klimafreundlich mit Besen wischen.	wird abgelehnt. Das TBA benutzt bereits grösstenteils E-Laubbläser.	3	Beschaffungsrichtlinie
87	CVP	5) Interne Organisation	Beschaffung, Fahrzeuge	Nutzung von nachhaltigeren Energieträgern bei Kommunalfahrzeuge und –maschinen prüfen. (Gas, Wasserstoff, Batteriebetrieb), dort wo es sinnvoll und möglich ist.	wird überprüft, Annahme des Postulats P 9/2019, sowie Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie	2	Mobilitätsmanagement, Beschaffungsrichtlinie

88	CVP	5) Interne Organisation	Beschaffung, Konsum	Nachhaltige Verwaltung & Stadtrat verstärken (Vermeidung von Plastik, unnötigem Papierverbrauch)	wird bereits teilweise umgesetzt und laufend optimiert.	2	Beschaffungsrichtlinie
89	SP	5) Interne Organisation	Bodenpolitik	Die Stadt soll ihren Anteil an Grundeigentum erhöhen, um sich mehr Spielraum für nachhaltiges Bauen zu verschaffen.	wird abgelehnt Arealentwicklungen (ZPP, Masterplan, UeO) hat die Stadt als Planungsbehörde ebenfalls einen Hebel, um nachhaltiges Bauen zu verlangen.	2	
90	SP	5) Interne Organisation	Bodenpolitik	In städtischen Liegenschaften mit Gewerbenutzung sollen bei Mieter*innenwechseln Bewerbungen von Unternehmen mit nachhaltigen Grundsätzen bevorzugt werden.	wird abgelehnt Umsetzung schwierig, wer bemisst nachhaltige Grundsätze? Gefahr von Willkür.	2	
91	SP	5) Interne Organisation	Bodenpolitik, Landwirtschaft	Bäuerinnen und Bauern auf städtischem Land sollen nach einigen Umstellungsjahren nur noch nachhaltig produzieren dürfen (biologisch/Demeter). Die Pächter*innen sollen für andere Bäuerinnen und Bauern Beispiele dafür sein, wie nachhaltige Landwirtschaft betrieben werden kann (z.B. mit Futtermittelzusätzen, die bei Kühen zu geringerem Methan-Ausstoss führen).	Eingriff ins Pachtrecht, in der Regel sehr langfristige Verträge. Agrarpolitik ist nicht unbedingt Aufgabe der Stadt.	2	
92	Grüne	5) Interne Organisation	Bodenpolitik, Landwirtschaft	Biologische und biologisch-dynamische Landwirtschaft: fördern: Wo die Stadt Thun entsprechende Möglichkeiten hat, soll sie die biologische und biologisch-dynamische Landwirtschaft fördern und verlangen (Vergl. Massnahme 19 – nachhaltige Ernährung). Dies auch bei Vergabemöglichkeiten wie beispielweise dem Bonstettengut.	wird geprüft. Allerdings nur bei Neuverpachtungen möglich (vgl. Nr. 91)	2	
93	SP	5) Interne Organisation	Ernährung	Bei Veranstaltungen und Apéros der Stadt Thun sollen ausschliesslich klimafreundliche Lebensmittel und Getränke angeboten werden (biologisch, regional, fleischlos, vegetarisch/vegan).	wird bereits teilweise umgesetzt und laufend überprüft. Annahme Postulat P28/2019	2	
94	GLP	5) Interne Organisation	Ernährung	Die Fleischwirtschaft ist bekannterweise eine der grössten CO2-Produzenten. Um dies teilweise zu reduzieren, sollte in den Cafeterias stattnaher Betriebe sowie in städtischen KITAs und Tagesschulen mind. ein Vegietag pro Woche eingeführt werden.	wird bereits teilweise umgesetzt und laufend überprüft. Annahme Postulat P28/2019	2	
95	SP	5) Interne Organisation	Ernährung	In sämtlichen Kaffee- und Pausenräumen der Stadtverwaltung (inkl. Thunerhof) und der Schulen auf Thuner Boden sollen nur noch nachhaltig produzierte Lebensmittel und Getränke angeboten werden.	wird bereits teilweise umgesetzt und laufend überprüft. Annahme Postulat P28/2019	2	
96	Grüne	5) Interne Organisation	Ernährung, Beschaffung	Nachhaltige Ernährung – Angebot und Sensibilisierung: Bei sämtlichen Mahlzeiten, Aperos etc., die von der Stadt finanziert/ausgeschrieben werden, sollen vegane (und allenfalls vegetarische) Alternativen – entsprechend gekennzeichnet – angeboten werden (falls es mehrere Optionen gibt). Allgemein sollte ein Buffet zu ungefähr 2/3 aus fleischlosen Produkten/ Hääppchen/ Menus bestehen (Empfehlung BAFU19). Es werden möglichst viele saisonale und regionale Produkte in Bio-Qualität offeriert/ verarbeitet, was auch Catering-Firmen in jedem Fall berücksichtigen sollen. Zudem soll eine entsprechende Kommunikation bei der Sensibilisierung der Betroffenen sowie der gesamten Bevölkerung helfen, Akzeptanz für etwaige Umstellungen zu erlangen. Alle Möglichkeiten der Stadt sollen genutzt werden, um vegetarische und vegane Ernährung anzubieten und darüber zu informieren. Die Ernährung ist mit 28% der Umweltbelastung der wichtigste Bereich des Konsums (gefolgt von Wohnen und Mobilität)20. Der IPCC hält in seinem Sonderbericht über den Klimawandel und Landflächen (August 2019) fest, dass eine Reduktion des Fleischkonsum eine erhebliche Senkung der Kohlenstoffemissionen ermöglicht. Mit seinen Entscheidungen beeinflusst das öffentliche Beschaffungswesen (nebst dem Handel und den privaten KonsumentInnen) die Umweltauswirkungen des Konsums in entscheidendem Masse. Es ist daher geboten in diesem Bereich die Vorbildfunktion wahrzunehmen.	wird bereits teilweise umgesetzt und laufend überprüft. Annahme Postulat P28/2019	2	
97	FDP	5) Interne Organisation	Fahrzeugflotte	Die Städtische Fahrzeugflotte wird, wo sinnvoll auf Elektroantrieb umgerüstet.	wird laufend überprüft, Annahme des Postulats P 9/2019, Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie		
98	GLP	5) Interne Organisation	Finanzen	Finanzielle Nachhaltigkeit: Drastische Reduktion von aufgelaufenen Zeitguthaben von Mitarbeitern (Reduktion von Rückstellungen).	nicht klimarelevant		

99	GLP	5) Interne Organisation	Finanzen	Wachstumsstopp in der Verwaltung	nicht klimarelevant	eher negative Auswirkung	-
100	Grüne	5) Interne Organisation	Finanzen	Klimaneutrale Vermögensbewirtschaftung (inkl. Städtische Pensionskasse)	wird überprüft Annahme Postulat P 21/2019		2
101	SP	5) Interne Organisation	Interne Prozesse	Der Gemeinderat soll künftig bei allen Kreditgeschäften und bei der Beantwortung aller Vorstösse in einem eigenständigen Absatz analog zu den Verhältnissen zu den Legislaturzielen das Verhältnis zum Klimaschutz aufzeigen.	wird überprüft, Annahme des Postulats P 20/ 2019, Umsetzungsvorschlag in Erarbeitung.		2
102	Grüne	5) Interne Organisation	Interne Prozesse	Prüfung der Klimaauswirkung von politischen Geschäften. Der Klimaauswirkung von zu behandelnden politischen Geschäften wird bisher nicht Rechnung getragen. Es ist sinnvoll einen Prozess zu schaffen, um eine derartige Prüfung zu institutionalisieren. Diese ermöglicht es im Sinne des Vorsorgeprinzips gravierende Zielkonflikte mit dem Klimaschutz zu vermeiden und sicherzustellen, dass die Auswirkungen auf das Klima frühzeitig erkannt werden. Hierfür ist es sinnvoll, wenn der Gemeinderat künftig bei allen Geschäften, die er dem Stadtrat unterbreitet, aufführt, welche positiven oder negativen Einflüsse dieses Geschäft auf das Klima hat. Damit der Aufwand vertretbar ist, können die Einflüsse qualitativ dargelegt werden.	wird überprüft, Annahme des Postulats P 20/ 2019, Umsetzungsvorschlag in Erarbeitung.		2
103	SP	5) Interne Organisation	Verkehr	Das Tiefbauamt soll neue Strassenbeläge prüfen, beispielsweise weissen Asphalt oder Strassenbeläge aus recyceltem Plastik, wobei nicht ein Problem durch ein anderes abgelöst werden soll (Stichwort Mikroplastik).	wird überprüft, Erarbeitung einer Beschaffungsrichtlinie		2 Beschaffungsrichtlinie
104	SP	5) Interne Organisation	Vorbildwirkung	Stadt Thun zu einer Vorzeigestadt bezüglich klimabewusstem Handeln zu entwickeln. So soll beispielsweise alles bereits Angedachte und Geplante prioritär, konsequent und zeitnah umgesetzt werden.	Von Ressourcen, Finanzen und Abhängigkeiten her betrachtet, kann nicht alles gleichzeitig und prioritär umgesetzt werden		1 Klimastrategie, Energiestadt
105	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Abfall	Die Stadt soll sämtliche Detailhandels- und Gastronomie-Unternehmen dazu anhalten, die Lebensmittel- und Verpackungsverwendung soweit möglich einzudämmen, z.B. indem sie von Kund*innen selbst mitgebrachte Behälter zulassen. Die Stadt soll entsprechende bestehende oder neu zu schaffende Strukturen aktiv unterstützen.	wird überprüft		2
106	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Abfall	Die Stadt soll prüfen, das „Repair-Café“ häufiger anzubieten.	wird überprüft wird bereits 5x Jahr angeboten. Macht nur Sinn, falls Nachfrage nach zusätzlicher Durchführung vorhanden und genügend HelferInnen vorhanden sind.		2
107	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Beratung	Innerhalb der Stadtverwaltung (Direktion FiRU) soll eine Klimaberatungsstelle geschaffen werden, die von der Bevölkerung und der Wirtschaft kostenlos oder zu einem geringen Tarif genutzt werden kann, um sich konkrete Anregungen für ein klimafreundlicheres Wirtschaften und Leben einzuholen.	wird überprüft es bestehen bereits viele Angebote, welche noch wenig genutzt werden. wie die regionale Energieberatung, welche der Bevölkerung, Wirtschaft, etc. als Beratungsstelle für klimafreundliches Wirtschaften und Leben zur Verfügung steht. Die FS UwEM unterstützt dabei ebenfalls bereits. Bei steigender Nachfrage kann ein spezielles Angebot überdenkt werden.		2 Energiestadt
108	SVP	6) Kommunikation, Kooperation	Energie, Beratung	Städtebaulich könnte man eine Anlaufstelle für Bauwillige einführen die informiert und sensibilisiert und Hilfestellungen anbietet rund ums ökologisch richtige Bauen, dies könnte sicher auch bestehenden Strukturen angegliedert werden.	wird bereits umgesetzt Anlaufstellen sind bereits heute das Bauinspektorat oder die regionale Energieberatung. Die Bekanntheit der Energieberatung kann noch verbessert werden.		2 Energiestadt
109	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Energie, Förderung	Alle Bauherrschaften sind primär mit guter Beratung, ev. in Zusammenhang mit sinnvollen, effizienten Förderprogrammen, von der energetischen Sanierung der Liegenschaften zu überzeugen.	wird bereits umgesetzt, Es wird bereits sehr viel in dieser Hinsicht durch EnT und UwEM durchgeführt. Als Energiestadt wird dies auch weiterhin eine wichtige Aufgabe bleiben.		2 Energiestadt

110	Grüne	6) Kommunikation, Kooperation	Energie, Gebäude	Einführung/Beteiligung am Fonds zur Beschleunigung von Gebäudesanierungen nach dem Modell von swisscleantech: Die Idee ist Investitionsgelder für Massnahmen zur Verfügung zu stellen, die im Rahmen einer klimaneutralen Modernisierung vorgenommen werden. Der Fonds funktioniert ähnlich einer Hypothek, aber kombiniert mit langen Abschreibungszyklen, einer Qualitätssicherung und einem Risikoausgleich. Die Rückzahlung erfolgt monatlich und liegt voraussichtlich im Durchschnitt unter der Kosteneinsparung bei den Nebenkosten dank der Sanierung. Der Ansatz stammt von swisscleantech und wird zurzeit vom Bund in Zusammenarbeit mit der Stadt Bern und weiteren Gemeinden geprüft.	wird umgesetzt, Annahme von Postulat P 22/2019 und P 13/2019. Im Rahmen der städtischen Energiepolitik ist mit dem Förderfonds Energie der Stadt Thun ein Instrument angedacht, welches dem im Antrag formulierten Auftrag entspricht.	2	Energiestadt, Richtplan Energie
111	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Events	An der offiziellen 1.-August-Feier der Stadt Thun sollen künftig anstelle von Feuerwerk Lichtshows zum Einsatz kommen. Das Feuerwerkverbot soll von der Innenstadt auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden.	wird geprüft An der offiziellen 1.-August-Feier wird schon seit 2018 kein Feuerwerk mehr abgebrannt. Ein generelles Feuerwerkverbot wäre für sensible Gebiete mit ökologischer Bedeutung prüfenswert.	2	
112	GLP	6) Kommunikation, Kooperation	Events, öffentl. Arbeit	Thun organisiert einen klimaneutralen (oder zumindest den klimaneutralsten) Ironman!	wird geprüft, Die IRONMAN Switzerland AG ist bereits seit mehreren Jahren bestrebt, durch die Kooperation mit myclimate die nachhaltige Entwicklung des IRONMAN Switzerlands zu fördern und gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.	2	
113	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Förderung	Die Stadt Thun soll im Rahmen des überkommunalen Energierichtplans einen Förderfonds einrichten, so wie es ursprünglich vorgesehen war und in einem Vorstoss bereits gefordert wird.	wird umgesetzt Postulat P 13/2019 wurde angenommen. Beschluss Gemeinderat zur Umsetzung vorhanden.	1	Richtplan Energie, Energiestadt
114	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Förderung	Der Gemeinderat soll sich vertieft damit befassen, mit Anreizen und Bonus-/Malus-Systemen die Wirtschaft und die Einwohner*innen zu klimafreundlicherem Verhalten zu animieren.	wird abgelehnt, zu wenig konkret, teilweise mit Fördermassnahmen im Energiebereich abgedeckt.	2	
115	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Förderung	Die Stadt soll den Direktabsatz von Bäuerinnen und Bauern mit nachhaltiger Produktion fördern, z.B. mit reduzierten Markt-Gebühren oder mit dem Subventionieren des entsprechenden Vertriebs direkt in die Haushalte (z.B. Collectors).	wird abgelehnt Rechtliche Grundlage fehlt, Bevorzugung von einzelnen Marktteilnehmern. Ausserdem bestehen bereits vereinzelt solche Lieferangebote direkt von Bauernhöfen. Collectors wird durch die Stadt unterstützt.	2	
116	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Kommunikation	Die Stadt Thun soll auf ihren Kommunikationskanälen die Bevölkerung aktiv darüber informieren, wie eine möglichst klimafreundliche Lebensweise angestrebt werden kann. Sie soll gute Beispiele aufzeigen, z.B. wie man Häuser zu Plus-Energiebauten sanieren kann oder wie man naturnahe Gärten anlegt. Zudem soll in Porträts mit Thuner*innen nachhaltiges Wohnen aufgezeigt werden, nachhaltige Mobilität und nachhaltige Gastronomie.	wird bereits umgesetzt, Als Energiestadt laufen bereits zahlreiche Aktionen. Mittels Jahresprogramm und Kommunikationskonzept soll dies noch verbessert werden	2	Energiestadt
117	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Kommunikation	Der Gemeinderat soll die Einwohner*innen über die Ausrufung des Klimanotstandes informieren. Ebenso, wo Interessierte vertiefte Informationen zum Thema erhalten können. Mit dem regelmässigen Erstellen von Merkblättern soll die Stadt dafür sorgen, dass das Thema aktuell bleibt und den Einwohner*innen anhand von anschaulichen Beispielen Möglichkeiten	wird bereits umgesetzt, Als Energiestadt laufen bereits zahlreiche Aktionen. Mittels Jahresprogramm und Kommunikationskonzept soll dies noch verbessert werden	2	Energiestadt

118	Grüne	6) Kommunikation, Kooperation	Kommunikation	Information- und Sensibilisierungsmassnahmen: Klimaschutz erfordert den proaktiven Einbezug aller Akteure, insb. auch der Bevölkerung und der Wirtschaft. Vorschläge: - Fortschritte auf dem Weg zu Energiestadt Gold aktiv kommunizieren; - Einwohner motivieren ihren eigenen Klimafussabdruck und ihre Verbesserungsmöglichkeiten zu kennen; - Teilnahme an Earth Hour jeweils im März 23 (bedeutsame städtische Gebäude wie Rathaus, Schloss Thun, Stadtkirche); - Aktivere Information/Motivation von Immobilienbesitzern zu energetischen Sanierungen; - Informierung über Suffizienz (bspw. über Vermeidung von Geräten und Strom-Verbrauchern, die nicht wirklich gebraucht werden).	wird bereits umgesetzt, Als Energiestadt laufen bereits zahlreiche Aktionen. Mittels Jahresprogramm und Kommunikationskonzept soll dies noch verbessert werden	1	Energiestadt, Smart City
119	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Konsum, Bildung	Die Stadt soll in Zusammenarbeit mit Naturschutzorganisationen und anderen spezialisierten Institutionen und Unternehmen Bildungsangebote zum Klimaschutz anbieten (z.B. Kochkurse, Kurse für Gartenbau, Flicker & Reparieren, Umstellen auf klimafreundlicheres Verhalten etc.).	wird umgesetzt, bestehende Angebote wie "Natur erleben" in Zusammenarbeit mit Umweltschutzorganisationen, Spielzeugflohmi, Repair Cafe, Filme für die Erde Festival	2	
120	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Kooperation	Der Gemeinderat soll sich in allen regionalen Gremien (ERT/WRT etc.), bei allen Beteiligungen (STI, Energie Thun, AVAG etc.) und Dritten (Bürgergemeinde, etc.) für den Klimaschutz einsetzen und konkrete Vorschläge einreichen, die den Klimaschutz in der Region Thun verbessern.	wird geprüft Die Einführung einer Klimaplattform für die Wirtschaft wird aktuell mit umliegenden Gemeinden überprüft.	2	Energiestadt
121	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Kooperation	Die Stadt Thun betreibt einen institutionalisierten Erfahrungsaustausch zum Thema Klimaschutz mit anderen Städten in der Schweiz.	wird umgesetzt, Die Stadt ist Mitglied beim Klimabündnis, SVKI, Städteverband und nimmt regelmässig an Fachgruppensitzungen teil. Ausserdem findet ein regelm. Erfahrungsaustausch zwischen Energiestadt Gemeinden statt.	3	Energiestadt
122	Grüne	6) Kommunikation, Kooperation	Kooperation	Zusammenarbeit mit der Region: Die Stadt Thun soll ihre Möglichkeiten nutzen und sich in der Region für eine Verbesserung der CO2-Bilanz einsetzen. Durch die Grösse der Stadt und die Vielzahl an anstehenden Themen, werden sich verschiedene Abteilungen in das Thema vertiefen können/müssen. Die Stadtverwaltung kann im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden schneller mehr Fachkompetenz aufbauen und sollte unserer Ansicht nach mit dieser Kompetenz auch die umliegenden Gemeinden unterstützen. Die spezialisierten Abteilungen der Stadt bieten aktiv Beratung für die kleineren Nachbargemeinden an. Zudem wird bei im Gemeindegebiet umgesetzten Projekten/Massnahmen jeweils eine Ausdehnung auf die ganze Region/Agglomeration geprüft.	wird bereits teilweise umgesetzt, Wird bereits in mehreren Gremien (z.B. ERT, Steuergruppe Richtplan Energie), etc. gemacht. Kann allenfalls noch vertieft werden. Ausserdem findet auch ein Austausch zwischen den Umwelt- und Energiefachstellen mit den umliegenden Gemeinden statt. Im Rahmen des Smart City Prozesses könnte der Austausch noch optimiert werden.	2	Smart City
123	Grüne	6) Kommunikation, Kooperation	Kooperation	Bürgergemeinde einbeziehen: Die Bürgergemeinde ist als grosser Land-/Wald- und Immobilieneigner ein grosser Player in der Stadt Thun, welcher mit seinem Handeln ein grosses Gewicht hat, was Klimamassnahmen angeht. Die spezialisierten Abteilungen der Stadt bieten aktiv Beratung für die Bürgergemeinde an. Zudem wird bei im Gemeindegebiet umgesetzten Projekten/Massnahmen jeweils eine Ausdehnung auf die Bürgergemeinde geprüft.	wird überprüft Allenfalls könnte ein Austausch der FS UwEM mit der Bürgergemeinde zu Klima- und Energiethemen stattfinden.	2	
124	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Mobilität, Verkehr	Im institutionalisierten Austausch mit den Fachorganisationen Pro Velo, Fussverkehr und VCS sollen die Langsamverkehrsverbindungen permanent und nachhaltig verbessert werden.	wird umgesetzt, Dieser Austausch findet bereits in der Verkehrskommission statt.	3	
125	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Natur / Wald	Stadteigener Wald soll als CO2-Speicher optimiert werden. Nicht die Ökonomie soll im Vordergrund stehen, sondern die Ökologie. In diesem Sinnen sind auch private Waldbesitzer*innen zu informieren und zu beeinflussen, z.B. mit Anreizen, um die Waldbewirtschaftung dauerhaft auf Nachhaltigkeit umzustellen.	wird abgelehnt, Die Stadt Thun ist eine unbedeutende Waldbesitzerin (38'000 m2). Informationen zur Waldbewirtschaftung im Aufgabenbereich des Kantons, so besteht z.B. "Programm Nachhaltige Waldbewirtschaftung BE".	2	
126	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Naturschutz	Die Stadt soll mehr Naturschutzgebiete mit möglichst viel Sumpfteil errichten (wie im Gwattmösl).)	Wurde im Rahmen der OPR überprüft, aktuell keine neuen möglichen Standorte identifiziert.	3	
127	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Partizipation	Stadtrat soll sich an einer Sondersitzung mit dem Klimaschutz befassen.	Inhalte und Ziele dieser Sitzung unklar. Bericht zu Klimaschutzmassnahmen wird dem SR zur Kenntnis vorgelegt. Annahme des Postulats P 23/ 2019 Partizipations-Gefäss pro Klima	3	

128	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Partizipation	Der Gemeinderat soll eine ständige Kommission einsetzen, die sich mit dem Klimaschutz befasst und ähnlich wie die Kadettenkommission sowohl nach dem Parteienproporz zusammengesetzt ist als auch mit Fachpersonen aus ausserparlamentarischen Organisationen. Die Klimaschutzkommission soll der Direktion FIRU angegliedert sein und im Sinne eines permanenten partizipativen Prozesses Vorschläge aus der Bevölkerung und von Fachorganisationen prüfen und Anträge an den Gemeinderat stellen. Zudem soll die Klimaschutzkommission mit einem Budget ausgestattet werden, das die weiträumige Vernetzung sowie den punktuellen Einbezug von Expert*innen ermöglicht.	wird überprüft, Annahme des Postulats P 23/ 2019 Partizipations-Gefäss pro Klima	2	Klimastrategie, Energiestadt
129	Grüne	6) Kommunikation, Kooperation	Partizipation	Partizipationsgefäss Pro Klima	wird überprüft, Annahme des Postulats P 23/ 2019 Partizipations-Gefäss pro Klima	2	Klimastrategie, Energiestadt
130	FDP	6) Kommunikation, Kooperation	Partizipation	Gemeinsamer Workhsop mit allen Parteien und Stakeholdern in Thun. Keine Zusammensetzung der Gruppe nach den Wahlproporz.	wird überprüft, Annahme des Postulats P 23/ 2019 Partizipations-Gefäss pro Klima		
131	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Schulen	Klimabildung in der Schule soll von der Stadt aktiv unterstützt werden. Hierzu soll die Stadt unterem anderem Fachleute als Unterstützung für die Lehrkräfte zur Verfügung stellen.	wird umgesetzt. Bestehendes Angebot für Klima- und Energieunterricht von PUSCH. Kosten werden durch Stadt und Energie Thun AG übernommen.	2	
132	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Schulen, Ernährung	Die Stadt soll sich dafür stark machen, dass in den Schulen ein Projekt eingeführt wird, das Anleitungen enthält für einen Monat klimafreundliche Ernährung. Das Ziel soll sein, dass sich Familien einen Monat im Jahr klimabewusster ernähren sowie ihren Lebensstil auf Klimaverträglichkeit überprüfen und soweit möglich temporäre oder nachhaltige Anpassungen vornehmen.	nicht Aufgabe der Stadt, Mensch-Umwelt-Beziehung ist als Thema im LP21 (Fachbereich Natur, Mensch, Gesellschaft) in den Schulen zu behandeln. Mit einem zusätzlichen Projekt zur klimafreundlichen Ernährung wären Familien über andere Kanäle direkt anzusprechen (nicht verordnet via Schule).	2	
133	SP	6) Kommunikation, Kooperation	SmartCity	Die Smart-City-Aktivitäten sind zu forcieren und laufend auszubauen.	wird umgesetzt, Prozess zur "Smart City Thun" läuft (Legislaturziel)	2	Smart City Strategie
134	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Wirtschaft	Die Stadt soll Unternehmen fördern, die an alternativen Antriebsformen arbeiten.	wird abgelehnt. Nicht Aufgabe der Stadt.	2	
135	SP	6) Kommunikation, Kooperation	Wirtschaft	Die Stadt soll jährlich einen Klimapreis an ein Unternehmen vergeben, das sich durch besonders klimafreundliches Verhalten auszeichnet.	wird überprüft, Die Einführung einer Klimaplattform für die Wirtschaft wird aktuell mit umliegenden Gemeinden überprüft. In diesem Zusammenhang könnte jeweils auch eine Auszeichnung vergeben werden.	2	Energiestadt
136	SP	7) Stadtnatur	Bäume	Auf Kreiseln sollen Bäume gepflanzt und auf Verkehrsinseln und an Trottoirrandern Trockenwiesen angelegt werden (soweit möglich auch Bäume).	wird bereits umgesetzt, Kann im Rahmen des Biodiversitätskonzepts überprüft werden.	2	Biodiversitätskonzept
137	SP	7) Stadtnatur	Bäume	Die Stadt soll dem Schutz alter Bäume eine hohe Prioritätsstufe einräumen.	wird umgesetzt, Bäume auf öffentlichem Grund werden bereits regelmässig zum Erhalt mit ausgebildeten Baumpfleger längstmöglich erhalten. Mit den vorliegenden Entwürfen OPR wird der Baumschutz grundsätzlich gestärkt.	2	Biodiversitätskonzept

138	SP	7) Stadtnatur	Bäume	Ersatz von Bäumen und Neupflanzungen soll mit möglichst grossen Bäumen erfolgen, damit die erwünschte positive Wirkung auf das Klima raschmöglichst erfolgt. Zudem sollen Bäume nicht mehr klein geschnitten werden, sondern möglichst gross werden können.	wird abgelehnt, Die Stadt führt über ein Baumkonzept als Planungsgrundlage. Bäume v.a. auch für Stadtklima (bei Hitzeperioden) relevant. Ein grösser Baum kann nur mit grossem Unterhaltsaufwand und grösseren Kosten realisiert werden, die Anwachsgarantie ist nicht gegeben. Für ausgewählte Standorte möglich. Transport- und Pflanzaufwand (LKW, Bagger, etc.) nicht verhältnismässig und ökologisch	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima (neu)
139	SP	7) Stadtnatur	Bäume	Die Stadt soll umgehend grosse Bäume pflanzen, wo sich gute Gelegenheiten dafür bieten, z.B. an der Weststrasse, rund um Schulbauten und beim Aarefeld-Parkplatz.	wird abgelehnt, Die Stadt führt über ein Baumkonzept als Planungsgrundlage. Bäume v.a. auch für Stadtklima (bei Hitzeperioden) relevant. Ein grösser Baum kann nur mit grossem Unterhaltsaufwand und grösseren Kosten realisiert werden, die Anwachsgarantie ist nicht gegeben. Für ausgewählte Standorte möglich. Transport- und Pflanzaufwand (LKW, Bagger, etc.) nicht verhältnismässig und ökologisch	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima (neu)
140	SP	7) Stadtnatur	Bäume	Die Stadt soll mindestens einmal im Jahr die Bevölkerung zu Baumpflanztagen aufrufen und die Voraussetzung schaffen, dass Schüler*innen mindestens einmal die Gelegenheit haben, einen Baum zu pflanzen.	wird umgesetzt, Aktion "Bäumiges Thun" von Pro Natura mit Unterstützung der Stadt bietet bereits ein Angebot an.	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima (neu)
141	Grüne	7) Stadtnatur	Bäume, Grünflächen	Mehr Bäume - mehr Grün an Wegrändern und auf Dächern: Pflanzen nehmen CO2 auf, spenden Schatten und bieten Lebensraum. Zu viele Orte in Thun sind grau und ungenutzt, z.B. Dächer von Buswartehäuschen oder Trottoir Randstreifen (nur Kies, anstatt Magerwiesen) in den Quartieren. Dabei könnte auch geprüft werden, ob die Bepflanzung der Kreisel durch Blumen, die vermutlich arbeits- und kostenintensiv ist, durch klimawirksamere Anbauansätze ersetzt werden kann. Ebenfalls in Stadtparks und auf weiteren von Stadtgrün bewirtschafteten Flächen besteht noch grosses Potenzial, um die Biodiversität zu fördern, allenfalls auch mit essbaren einheimischen Pflanzen, welche sich positiv auf die Bodenqualität und den Humusaufbau auswirken.	wird umgesetzt, Verbesserung in Bezug auf die Biodiversitätsforderung werden bereits laufend umgesetzt und aufgrund des Biodiversitätskonzept werden weitere Projekte folgen.	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima (neu)
142	SP	7) Stadtnatur	Biodiversität	Dem Fördern der Biodiversität soll eine hohe Priorität eingeräumt werden. Hierzu sollen unter anderem städtische Rasenflächen soweit möglich durch Naturwiesen ersetzt werden.	wird umgesetzt, Verbesserung in Bezug auf die Biodiversitätsforderung werden bereits laufend umgesetzt und aufgrund des Biodiversitätskonzept werden weitere Projekte folgen.	2	Biodiversitätskonzept
143	SVP	7) Stadtnatur	Biodiversität, Stadtnatur	Es muss eine Gesamtsicht auf die Versiegelung der Böden geben, wo kann Versiegelung eventuell auch aufgehoben werden/ gehört auch zum Konzept Biodiversität oder Stadtbegrünung, sicherlich sehr wichtige Aspekte bei der Politik von Verdichtung.	Verfügbarkeit von Geodaten zur Ermittlung abflusswirksamer, versiegelter Oberflächen wird geprüft	2	Biodiversitätskonzept
144	SP	7) Stadtnatur	Garten	In den Quartieren soll die Stadt gemeinsam mit den Leisten „Urban gardening“ aktiv fördern.	Damit Urban Gardening funktioniert, braucht es die Nachfrage und das Engagement aus der Bevölkerung.	2	
145	SP	7) Stadtnatur	Garten	Die Stadt soll Gärten für die Schulen zur Verfügung stellen, damit diese mit den Kindern pflanzen und ernten können.	wird bereits teilweise umgesetzt, Schulgartenprojekte sind bereits heute möglich und wurden in den vergangenen Jahren realisiert, auf dem Schulareal oder extern (z.B. Schadaugärtnerei), mit Unterstützung durch Schule-Umweltfonds.	2	

146	SP	7) Stadtnatur	Gärten	Die Stadt soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass zumindest bei Neuüberbauungen vertikale Gärten angelegt werden können.	wird geprüft, kann soweit dies durch das Baureglement möglich ist, umgesetzt oder gefördert werden.	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima
147	SP	7) Stadtnatur	Grünflächen	Die Stadt soll mit vorhandenen und allenfalls neu zu schaffenden Instrumenten grüner gemacht werden: Dächer, Fassaden, Strassenräume, Parkplätze. Insbesondere soll mehr Humus in die Stadt kommen, damit sich Grünflächen in allen Grössen möglichst vielfältig und nachhaltig entwickeln können.	wird im Rahmen des Biodiversitätskonzepts überprüft.	2	Biodiversitätskonzept
148	CVP	7) Stadtnatur	Grünflächen	Begrünung innerhalb der Stadt anpassen/Grünflächen vergrössern. Wirkt einem Hitzestau entgegen	wird im Rahmen des Biodiversitätskonzepts überprüft.	2	Biodiversitätskonzept, Stadtklima (neu)
149	SP	7) Stadtnatur	Städtische Flächen	In Teilen der städtischen Parkanlagen soll mehr Naturnähe geschaffen werden, z.B. mit Trocken- oder Sumpfwiesen.	Die Parkanlagen sind historische Gartenanlagen und stehen unter Schutz. Somit können die Anlagen nicht zu Naturschutzgebieten umgebaut werden. Zudem werden die Parkanlagen gerne als Freizeitanlagen benutzt.	2	Biodiversitätskonzept
150	SP	7) Stadtnatur	Städtische Flächen	Alle städtischen Flächen, die nicht aktiv genutzt werden, sind naturnah und standortgerecht zu bepflanzen.	Die Parkanlagen sind historische Gartenanlagen und stehen unter Schutz. Somit können die Anlagen nicht zu Naturschutzgebieten umgebaut werden. Zudem werden die Parkanlagen gerne als Freizeitanlagen benutzt.	2	Biodiversitätskonzept
151	GLP		Soziales	Jede Schulklasse besucht periodisch ein Altersheim oder ein anderweitiges betreutes Wohnangebot (WAG etc.). Damit kann das Verständnis für die Anliegen der anderen Generationen gefördert werden.	nicht klimarelevant		
152	GLP		Soziales	gezielt Bereitstellen von Zivildienstplätzen im sozialen Bereich von städtischen Institutionen	nicht klimarelevant		
153	GLP		Soziales	(bereits bekannt: konsequentes altersdurchmischtes Wohnen fördern.)	nicht klimarelevant		
154	SP		Wirtschaft	Stadteigene Gewerberäumlichkeiten sollen nicht nur renditeorientiert vermietet werden, sondern an Unternehmen mit innovativen, klimafreundlichen Produktionsweisen und Dienstleistungen.	wird abgelehnt		
155	SVP		Wirtschaft	Es wäre prüfenswert zum Beispiel die Gewerbesteuer möglichst zu reduzieren. Damit würden Ansiedlungen von Interessanten Betrieben ermöglicht, die zu einer gesteigerten Prosperität und Wohlfahrt unserer Region beitragen würde. Dies würde wiederum zu Mehreinnahmen an Steuersubstrat generieren mit dem man diverse Projekte unterstützen könnte die der Bevölkerung zugutekäme, wie zum Beispiel Vergünstigung des OV(bis zur kostenlosen Benutzung)/ Unterstützung von Verbesserung Infrastruktur, Projekte die der Attraktiveren Innenstadt dienen etc.	Eine "Gewerbesteuer" gemäss Massnahmenbeschreibung gibt es auf kommunaler Ebene im Kanton Bern nicht. Der Bezug zu Klimaschutz ist unklar.		